

parlaments**report**

THÜRINGEN



ÜBERALL

GLEICH GUT.



ILMENAU — 21.02.2024

WOHNEN. Überall gleich gut.

03-2024

2 „Nie wieder ist Jetzt“:
Fraktion bei zahlreichen De-
monstrationen in Thüringen

7 Bericht aus dem Plenum:
Das waren unter anderem die
Schwerpunkte im Thüringer Landtag

11 Restaurant des Herzens:
Anja Müller kochte für
solidarisches Miteinander

Die Linke Fraktion online



#Bauernproteste

Was wir als Linke Fraktion in Thüringen fordern, um die Situation für die Landwirte zu verbessern zu finden auf: www.die-linke-thl.de



#NoAfd

Die Angst bei den Menschen mit Migrationsgeschichte in Deutschland wächst zunehmend. K. König-Preuss dazu im Plenum des Landtages: www.youtube.com/@LinkeThl



#WeRemember

Zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus sprach der Holocaustüberlebende Naftalie Fürst im Landtag. Bilder zur Veranstaltung unter: www.instagram.com/linke_thl

www.die-linke-thl.de
[linke_thl](https://www.instagram.com/linke_thl)
[Linke_Thl](https://www.facebook.com/Linke_Thl)
[@LinkeThl](https://www.youtube.com/@LinkeThl)

Impressum

Herausgeberin:
 Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag
 Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt
 Redaktion: Lisa Hilpert, Lukas Krause
 V.i.S.d.P.: Olaf Weichler
 Telefon: 0361 377-2620
 E-Mail: weichler@die-linke-thl.de
 Web: www.die-linke-thl.de
 Redaktionsschluss: 2. Februar 2024



Vorwort

Christian Schaft, Abgeordneter Fraktion Die Linke

Denken wir ans Wohnen, haben wir zunächst an die eigenen vier Wände im Kopf. Sei es die Mietwohnung, die für uns ein Zuhause ist oder das Eigenheim. Aber es geht um sehr viel mehr, wenn wir über Wohnungspolitik reden. Ein Dach über dem Kopf zu haben, gut und bezahlbar zu wohnen, ist ein zutiefst menschliches und existenzielles Bedürfnis und zentrale Frage sozialer Gerechtigkeit. Erst vor kurzem haben Daten zur Entwicklung des sozialen Wohnungsbaus in Deutschland gezeigt, dass für bezahlbares und gutes Wohnen überall mehr in den sozialen Wohnungsbau investiert werden muss. Gerade in unseren größeren Städten wie Erfurt, Jena und Weimar mit einem strapazierten Wohnungsmarkt ein großes Thema. Andererseits gibt es Gemeinden, wo Leerstand und der Erhalt von Gebäuden eine Herausforderung darstellen.

Doch es gibt nicht allein einen Stadt-Land-Gegensatz. Wo wie am Erfurter Kreuz die Wirtschaft wächst, oder am Rande größerer Städte, steigt die Nachfrage nach Wohnungen und damit auch nicht selten die Preise für neuen Wohnraum. Denken wir aus dieser Perspektive an Wohnungspolitik, stellen sich gleich eine ganze Menge an Zukunftsfragen. Wir wollen deshalb darüber Wohnungen wieder stärker in öffentliches Eigentum holen, wie in Gera, wo das Land eine Wohnungsbaugesellschaft übernommen hat, um sie vor Finanzspekulant*innen zu schützen. Wir wollen kommunalen und genossenschaftlich organisierten Wohnungsbau stärken, damit es weiter gelingt, bezahlbare

Wohnungen zu bauen, den Bestand zu sanieren und Leerstand umzunutzen. Alles mit dem Ziel, dass jeder Mensch bezahlbar und gut wohnt. Es stellt sich mit Blick auf den Klimawandel auch die Frage, wie wir beim Bauen und Sanieren dazu beitragen, unsere Umwelt zu erhalten und die Gesundheit von Jung und Alt zu schützen. Es geht darum, wie wir Wohngebäude nicht nur als Schlafstätten betrachten, sondern als einen Raum, in dem unterschiedliche Generationen Alltag und Leben gestalten. Wo und wie Menschen wohnen, leben, arbeiten, Kultur und Freizeit genießen, macht deshalb Wohnungspolitik auch zu einem Dreh- und Angelpunkt von der Stadt-, Dorf- und Raumplanung, um auch sorgsam mit Flächen umzugehen und Begegnungsräume zu schaffen.

Erste Projekte wie die Leergutagent:innen gehen bei der Nutzung von Leerstand neue Wege. Oder auch Bauprojekte, bei denen ein Wohnhaus nicht nur barrierefrei gestaltet wird, sondern Angebote zur Gesundheitsversorgung und Begegnungsräume gleich Teil des Hauses sind, tragen dazu bei, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und Generationen miteinander zu verbinden. All das zeigt: Wohnen ist mehr als die eigenen vier Wände. Wie wollen wir das Wohnen von morgen gestalten? Diesen und vielen weiteren Fragen wollen wir uns gemeinsam mit Ihnen widmen.

Wir laden Sie dazu ein, wenn wir am 21. Februar in Ilmenau die Frage stellen: Wie können wir in Thüringen überall gleich gut wohnen?

„Nie wieder ist Jetzt!“

Fraktion Die Linke nimmt an Thüringer Demonstrationen gegen Rechts teil

Mit beeindruckenden Kundgebungen haben in mehreren Thüringer Städten haben Menschen, darunter mehrere Abgeordnete der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag, gegen die AfD und den drohenden Rechtsruck demonstriert. Die jüngst bekannt gewordenen Abschiebepläne der Partei unterstreichen einmal mehr die Gefahr, die von ihr für viele Menschen ausgeht. Immer öfter erinnert die selbsternannte „Alternative“ an die dunklen Kapitel des Nationalsozialismus - ein besorgniserregender Trend, dem Einhalt geboten werden muss.

Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow wandte sich in Jena und Weimar direkt an die Demonstrierenden: „Ich möchte in einem Land leben, in dem jeder, der zu uns kommt, willkommen ist und jeder, der sich in diese Gesellschaft einbringt, seinen Platz hat. Keine Unterscheidung zwischen Behinderten und Nicht-behinderten, keine Unterscheidung zwischen Inländern und Ausländern. Nein, wir sind alle Menschen zusammen, egal welche Hautfarbe, welche Haarfarbe, welche Abstammung, was wir können, sondern entscheidend ist, was wir gemeinsam tun, solidarisch. Deshalb danke, Jena!“

Die Demonstrationen sind ein starkes Zeichen gegen Demokratie- und Menschenfeindlichkeit. Steffen Dittes, Fraktionsvorsitzender der Linken im Thüringer Landtag, betonte: „Uns ist es wichtig, dass die demokratische Mehrheit ihre Stimme gegen die Gefahren erhebt und sich engagiert für ein Thüringen einsetzt, in dem Rassismus und Antisemitismus keinen Platz haben und die Grund- und Menschenrechte für alle geachtet werden“. Katja Maurer, Abgeordnete der Fraktion und Fraktionsvorsitzende im Erfurter Stadtrat, freute sich über die große Beteiligung und betonte: „Damit setzen wir gemeinsam mit vielen anderen Städten in Deutschland ein deutliches Zeichen gegen Rechts“.

Die breite Mobilisierung zeigt, dass die Zivilgesellschaft entschlossen ist, sich extremistischen Tendenzen entgegenzustellen und für eine offene, demokratische Gesellschaft einzutreten.





Bericht aus dem Plenum im Thüringer Landtag

Beschluss verschlüsselter digitaler Alarmierungssysteme

Änderung des Brand- und Katastrophenschutzgesetzes

Der Thüringer Landtag hat den Gesetzentwurf der Fraktionen Die Linke, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Änderung des Brand- und Katastrophenschutzgesetzes angenommen. Damit kann die veraltete Alarmierungstechnik der Thüringer Feuerwehren flächendeckend durch ein modernes System ersetzt werden. Donata Vogtschmidt, Sprecherin für Katastrophenschutz und Feuerwehren der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, betont: „Damit können wir endlich die seit 30 Jahren veraltete Alarmierungstechnik, die noch auf dem Gleichwellennetz ba-

siert, modernisieren und erstmals ein landesweit einheitliches, fehlerfreies und durchgängig verschlüsseltes digitales Alarmierungsnetz aufbauen. Das ist ein Mammutprojekt, dem wir uns stellen werden“

550 Funkstandorte müssen baulich aufgerüstet und über 38.600 Pager für Feuerwehren und Katastrophenschutz Helfer angeschafft werden, mit Kosten von etwa 43 Millionen Euro. Dies stellt eine sinnvolle Investition in die Sicherheit der Thüringer Bevölkerung dar, um Einsatzkräfte in allen Landesteilen künftig effektiver zu unterstützen.



Wichtige Voraussetzung auf dem Weg

Einbringung des Gesetzesentwurfs zur Neuordnung

Anlässlich der ersten Beratung der von der Landesregierung eingebrachten Kleinen Krankenhausnovelle im Thüringer Landtag erklärt Ralf Plötner, pflege- und gesundheitspolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag:

„Mit dieser Gesetzesänderung wird der Rahmen geschaffen, um die auf Bundesebene geplante Krankenhausreform in Thüringen erfolgreich umzusetzen, indem die geplanten Leistungsgruppen im Krankenhausbereich eingeführt werden. Damit sollen Qualitätsstandards bei bestimmten Behandlungen stärker be-

rücksichtigt werden. Die Landesregierung hat frühzeitig reagiert und schafft damit bereits vor der noch ausstehenden endgültigen Einführung der Bundesreform die Grundlagen für eine reibungslose Umsetzung in die Thüringer Krankenhausstrukturen. Damit wäre auch der 8. Thüringer Krankenhausplan im Zeitplan und könnte auf den Weg gebracht werden. Dies ist ein guter Schritt für die Thüringer Gesundheitslandschaft, damit alle Krankenhausstandorte eine Zukunft haben“, schließt der Abgeordnete Plötner in seiner Rede im Landtag ab.



Sofortige Kindergelderhöhung

Rede zur Aktuellen Stunde



In der Rede zur Aktuellen Stunde im Thüringer Landtag hat Cordula Eger, Abgeordnete der Fraktion Die Linke, die Bundesregierung für ihre planlose Politik und insbesondere für die geplante Erhöhung der Kinderfreibeträge scharf kritisiert. Eger beklagte eine erneute Benachteiligung von Familien mit mittleren und niedrigen Einkommen, während finanziell besser gestellte Familien bevorzugt würden. Familien, die besonders von der Inflation und den gestiegenen Preisen für Produkte des täglichen Bedarfs betroffen sind, bleiben außen vor. „Diese Ungleichbehandlung ist zutiefst ungerecht. Und deshalb ist es uns wichtig, dass wir jetzt im Rahmen unserer Aktuellen Stunde darüber reden und die Koalition unverzüglich zum Nachbessern auffordern. Denn wieder einmal ist es ein Beweis dafür, dass in Berlin die Spitzenverdiener an erster Stelle stehen“, so Eger.

Eger untermauert ihre Kritik mit alarmierenden Zahlen zur Armutssituation in Thüringen. Mit einer Armutsquote von 19 Prozent sei fast jeder fünfte Thüringer von Armut bedroht oder betroffen. Auch deutschlandweit sei fast jedes fünfte Kind armutsgefährdet.

Die Politikerin bezeichnet Kinder- und Jugendarmut als dauerhafte Herausforderung und kritisiert die

„Alle Kinder müssen dem Staat gleich viel wert sein.

Nicht Topverdiener sollten entlastet werden, sondern die, die es wirklich brauchen.“

Cordula Eger

Familienpolitische
Sprecherin

bisherigen Antworten der Bundesregierung als unzureichend. Die Linke im Thüringer Landtag schlägt konkret vor, das Kindergeld von derzeit 250 Euro auf 328 Euro im Monat anzuheben, um alle Familien, insbesondere die einkommensschwachen, zu entlasten. „Dies kann aber nur eine Säule sein, die das Gerüst für eine Bekämpfung der Kinder- und Jugendarmut darstellt. Es ist klar, dass es endlich einer Kindergrundsicherung

bedarf, die mehr Gerechtigkeit und bessere Leistungen für alle Kinder bringt“, erklärt die Abgeordnete in ihrer Rede im Thüringer Landtag. Neben der Kindergelderhöhung ist eine Unterstützung für Eltern im Bürgergeldbezug notwendig, da diese besonders armutsgefährdet sind. Sie sollten einen nach dem Alter der Kinder gestaffelten Zuschlag erhalten. Außerdem sollte eine bedarfsgerechte Pauschale für Wohn- und Heizkosten sowie eine Entlastung bei besonderen Bedarfen, zum Beispiel für Klassenfahrten, eingeführt werden. Eger erinnert daran, dass die Einführung der Kindergrundsicherung ursprünglich für den 1. Januar 2025 geplant war. Die Frage sei jedoch, ob die Kindergrundsicherung in dieser Legislatur überhaupt noch umgesetzt werde. Zumindest die Anhebung des Kindergeldes müsse nun schnellstmöglich erfolgen. Dies unterstrich auch der Paritätische Gesamtverband in einer Pressemitteilung vom 22. Januar 2024.

„Alle Kinder müssen dem Staat gleich viel wert sein. Wenn sie es nicht in Berlin umsetzen, dann machen wir es. Wir bitten die Landesregierung, sich zeitnah im Bund dafür einzusetzen. Nicht Topverdiener sollten entlastet werden, sondern die, die es wirklich brauchen“, schließt die Familienpolitikerin ab.

Ehrenamt gehört in die Verfassung!



Karola Stange

Sprecherin für Gleichstellung

„Mit rund 750.000 Engagierten ist fast jede dritte Thüringerin oder Thüringer ehrenamtlich im Freistaat aktiv. Wir werden nicht müde, es zu betonen: Das Ehrenamt gehört als Staatsziel in die Verfassung! Warum das wichtig ist? Damit es eine dauerhafte, unabhängige Förderung und Unterstützung gibt. Egal, welche Partei eine Regierung stellt“, erklärt Karola Stange, Sprecherin für Ehrenamt im Plenum des Thüringer Landtages. Sie kritisierte den Gesetzesentwurf der CDU „Thüringer Gesetz zum Erlass und zur Änderung ehrenamtsrechtlicher Vorschriften im Freistaat Thüringen“. Stange hinterfragte in ihrer Rede, wie Menschen mit geringerem Einkommen in Thüringen dazu ermutigt werden können, sich zu engagieren, und bemängelt das Fehlen einer klaren Antwort im Gesetz der Opposition.

Der CDU-Gesetzesentwurf sieht finanzielle Unterstützung von 3,5 Millionen Euro für die Ehrenamtsstiftung vor, jedoch sei diese bereits mit dem gleichen Betrag durch den Haushalt finanziert. Die Abgeordnete wies auf Widersprüche und Unklarheiten im Gesetzestext und der Begründung hin. Die geplante Einführung eines neuen Landesprogramms werfe Fragen zur Anbindung an bestehende Förderstrukturen auf, wodurch der Verdacht einer Doppelstruktur und zusätzlicher Bürokratie entstehe.

Schutz von Geflüchteten- unterkünften sicherstellen

Neue Strukturen sind notwendig

Zu den am 31. Januar in Gera stattgefundenen rechten Protesten rund um den Neonazi Christian Klar, mit denen über Stunden die Zufahrt zu einer künftigen Unterkunft für Geflüchtete blockiert wurde, erklärt Katharina König-Preuss, Sprecherin für Antifaschismus und Antirassismus der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag:

„Die Eskalation gestern kam mit Ansage. Schon bei dem rassistischen Aufmarsch am Sonnabend kündigte der Neonazi Christian Klar an, dass er eine Blockade der geplanten Unterkunft für schutzsuchende Menschen vorbereitet. Dennoch ist passiert, was in Gera in den letzten Jahren häufiger zu beobachten war: extrem rechte Demonstrant:innen konnten mit Ansage über Stunden die Hoheit über Teile der Stadt für sich beanspruchen, Barrikaden wurden errichtet.“

Erst nach Stunden kamen Polizeibeamte, die zuerst auch in Minderheit einem rechten Mob gegenüberstanden und damit einer nicht notwendigen Gefahr ausgesetzt waren. „Wieder einmal war es Christian Klar, der Hass und Hetze verbreitete und dabei viel zu selten den notwendigen repressiven Druck erfährt. Im Gegenteil: Mittlerweile muss man die Frage stellen, was noch passieren muss, bis die Stadt Gera und die zuständigen Behörden sich nicht mehr von Nazis und Rassis-

ten auf der Nase herumtanzen lassen.“ König-Preuss fordert konsequentes Vorgehen: „Die rassistischen Proteste gegen Unterkünfte für schutzsuchende Menschen müssen von den Verantwortlichen endlich ernst genommen und gestoppt werden. Angesichts der von diesen Protesten ausgehenden Gefahr und des Eskalationspotentials muss dringend in Erwägung gezogen werden, mit einer Allgemeinverfügung den Schutz von Unterkünften für Geflüchtete sicherzustellen. Hier steht bestimmt auch das Innenministerium bzw. Landesverwaltungsamt der Stadt Gera beratend zur Seite. Der Schutz von Geflüchteten muss erste Priorität haben. Angesichts der gestrigen Ereignisse besteht bei Nichthandeln die Gefahr, dass die von Neonazis aufgehetzten Demonstrationen weiter eskalieren und auch in Gewalt gegen Geflüchtete umschlagen können. „Dass sich Klar offen vor laufenden Kameras als verantwortlicher Akteur der Blockaden bekennt und auf Demos Teilnehmer:innen offensiv zu Straftaten wie verbotenen Parolen aufstachelte, macht deutlich, dass er keine Konsequenzen durch den Rechtsstaat fürchtet. Der Staat hat hier nicht nur eine Aufgabe, sondern eine Verpflichtung, der er nachzukommen hat: Die Sicherheit von schutzsuchenden Menschen zu gewährleisten.“

**Keinen Millimeter
nach rechts**

Die Linke

Fraktion im
Thüringer Landtag

www.die-linke-thl.de

Struktureller Machtmissbrauch im Theater ist kein Einzelfall

Reform des Theaterbetriebs ist unumgänglich

Seit den jüngsten Enthüllungen über die Zustände am Theater Erfurt rückt ein Thema in den Fokus, das weit über die Theatermauern hinausreicht: struktureller Machtmissbrauch im Kulturbetrieb. Die aktuellen Vorgänge stellen das Intendantenmodell als Ganzes infrage. Denn Erfurt ist kein Einzelfall.

Wir sehen die Vorfälle als Symptom eines tieferliegenden Problems im deutschen Theaterbetrieb. Das traditionelle Intendantenmodell, bei dem ein einzelner künstlerischer Leiter nahezu uneingeschränkte Macht über Produktionsentscheidungen und Personalführung hat, begünstigt Strukturen, in denen Machtmissbrauch gedeihen kann. Die geringen Beteiligungsmöglichkeiten von Mitarbeitenden an Entscheidungsprozessen und die Konzentration von Macht in den Händen Einzelner führen zu einem intransparenten und hierarchischen System.

Für ein zeitgemäßes Theatermodell: Partizipation und Transparenz

Es ist an der Zeit, das Intendantenmodell zu überdenken und zeitgemäße Strukturmodelle zu fördern, die auf Partizipation und Transparenz basieren. Kollektive Leitungsgremien, in denen verschiedene Stimmen gehört werden und Entscheidungen gemeinschaftlich getroffen werden, können eine demokratischere und gerechtere Arbeitsumgebung im Theater schaffen. Hierbei sollten nicht nur künstlerische Belange, sondern auch die Interessen des

gesamten Ensembles und der Mitarbeitenden einfließen. Positivbeispiele wie das Theaterhaus Jena und zahlreiche partizipative Prozesse in der freien Szene zeigen, dass das möglich ist.

Politik in der Verantwortung: Für eine Reform des Theaterbetriebs

Deshalb liegt es jetzt auch an uns, denn die Politik trägt eine Mitverantwortung für die Strukturen im Theaterbetrieb. Wir setzen uns dafür ein, dass eine Reform des Theatermodells auf politischer Ebene diskutiert und vorangetrieben wird. Dies erfordert nicht nur eine kritische Auseinandersetzung mit den bestehenden Strukturen, sondern auch die Schaffung von Anreizen für zeitgemäße Modelle, die auf Fairness und Gleichberechtigung basieren. Die aktuellen Vorfälle in Erfurt sind ein Weckruf, die Strukturen im deutschen Theaterwesen zu hinterfragen und Veränderungen anzustoßen. Partizipative Entscheidungsprozesse und Transparenz auf allen Ebenen sind nicht nur im Sinne der Künstlerinnen und Künstler, sondern auch im Interesse eines vielfältigen und lebendigen Kulturbetriebs.

Wir wollen deshalb in der ersten Jahreshälfte auf laufende Diskussionsprozesse in der Theaterszene, wie beim Deutschen Bühnenverein, eingehen und uns mit einer Veranstaltung mit Akteuren aller Bereiche genau zu diesen Fragen auseinandersetzen und Lösungsansätze für die Zukunft erarbeiten.



Katja Mitteldorf

Sprecherin für Kulturpolitik

Zum Hintergrund

Hintergrund ist der Verdacht auf sexuelle Übergriffe und Machtmissbrauch am Theater Erfurt. Die Stadt hatte im Herbst die Staatsanwaltschaft und die Berliner Anwaltskanzlei eingeschaltet. Gegen wen sich die Vorwürfe konkret richten, ist bislang ebenso unklar wie das Ausmaß der Vorwürfe. Der Generalintendant wurde Mitte Januar 2024 beurlaubt.

Bereits Anfang November hatte die Stadt Erfurt ihrer Gleichstellungsbeauftragten fristlos gekündigt, nachdem diese Vorwürfe sexuellen Missbrauchs öffentlich gemacht hatte. Die Vorfälle sollen teils aktuell sein, teils mehrere Jahre zurückliegen.

Oberbürgermeister Andreas Bausewein (SPD) hatte Witzmann daraufhin unter anderem eigenmächtiges Handeln vorgeworfen. Witzmann hat gegen die Kündigung geklagt. Der Prozess läuft.

Wohnen. Überall gleich gut.

Ausblick auf die Fraktionsveranstaltung in Ilmenau

THÜRINGEN

ÜBERALL
GLEICH GUT.

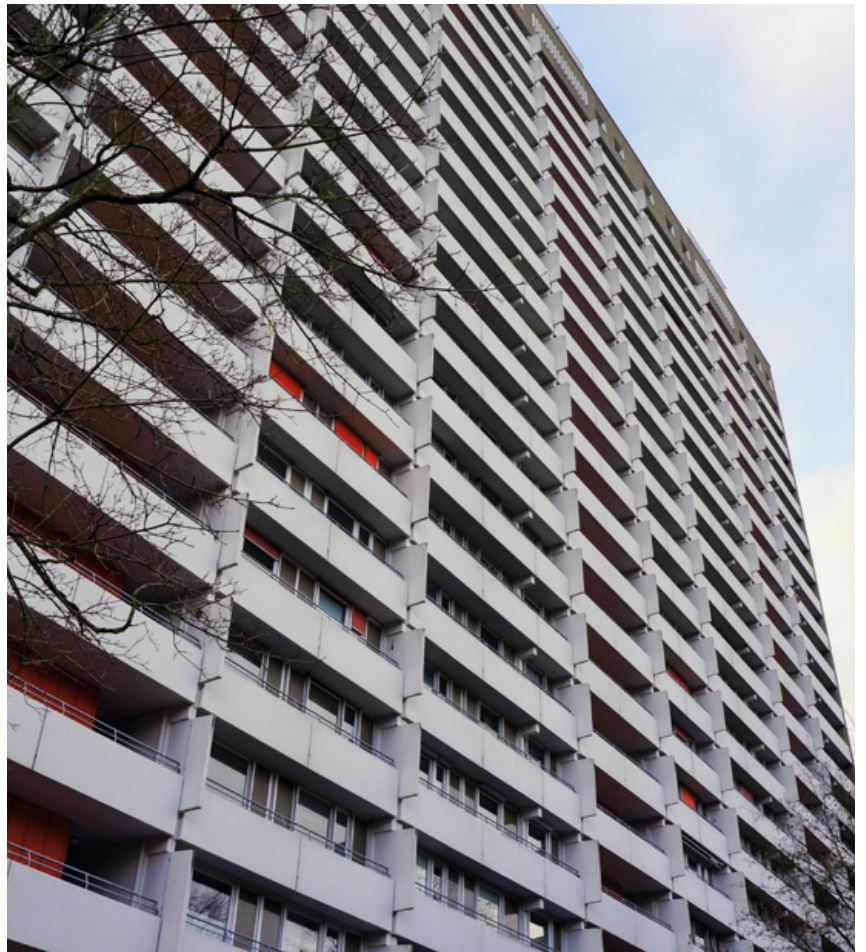
ILMENAU — 21.02.2024

WOHNEN. Überall gleich gut.

- Infostand der Fraktion DIE LINKE
9:00 bis 12:00 Uhr – Wetzlarer Platz
- Veranstaltung der Fraktion DIE LINKE
15:00 bis 17:30 Uhr – Parkcafé

www.gleichgut.de
gleichgut@die-linke-thl.de
#gleichgut

Die Linke
Fraktion im
Thüringer Landtag



Das Recht auf Wohnen ist eines der wichtigsten sozialen Rechte. Mit der anhaltenden Krise, in der sich die Bauwirtschaft in den letzten Jahren befindet, hat sich die Aufmerksamkeit der Gesellschaft vor allem auf die Menschen in den Ballungsräumen und in Großstädten gerichtet. Während in den Städten der Bedarf an qualitativ hochwertigem Wohnraum im unteren und mittleren Preissegment steigt und zunehmend nicht mehr ausreichend gedeckt werden kann, mangelt es in den ländlichen Räumen nicht an ausreichend vorhandenem Wohnraum, sondern an Wohnungen und Gebäuden, die den Bedarfen der Bürgerinnen und Bürger entsprechen.

Herausforderungen in Stadt und Land

Eine Wohnungspolitik, die das Leben und Wohnen auf dem Land und in der Stadt – also überall gleichermaßen – attraktiv machen will, erkennt die Unterschiede zwischen den Re-

gionen an und nutzt die Chancen, die sich dort jeweils bieten. Deshalb setzt sich die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag für vielfältige Lösungsansätze ein. Dass die Mieten immer stärker steigen, ist jedoch sowohl in den Städten als auch auf dem Land zu beobachten. Die Ursache dafür liegt nicht nur im knapper werdenden Wohnungsangebot, sondern ist auch in willkürlichen Mieterhöhungen durch einige Vermieter:innen zu begründen. Damit die Mieten langfristig stabil bleiben und Wohnraum als Spekulationsgut unattraktiv wird, brauchen wir eine funktionierende Mietpreisbremse für angespannte Wohnlagen in Thüringen. Im Gegensatz zur Mietpreisbremse, die seit 2016 in Kraft ist, hätte eine landesweit geltende Mietpreisbremse nicht nur eine Deckelung der Mieten zur Folge, sondern auch eine Eindämmung der Mieten. Da die Einführung der Mietpreisbremse jedoch in der Verantwortung des Bundes liegt und auch die Förderung der Bauwirtschaft eine langwierige Maßnahme ist, hat unsere Fraktion gemeinsam

mit unseren Koalitionspartner:innen einen Gesetzentwurf erarbeitet, der den vorhandenen Wohnraum kurzfristig mit langfristiger Wirkung schützt.

Zweckfremde Wohnungen

Das Thüringer Wohnungsgewährleistungsgesetz – kurz ThürWoGeG – soll nach dem Vorbild von Bundesländern wie Bayern oder Baden-Württemberg die Thüringer Kommunen schützen, die besonders mit überlasteten Wohnungsmärkten und Zweckentfremdung von Wohnraum zu kämpfen haben. Mit der Möglichkeit, längerfristigen Wohnungsleerstand, die Nutzung von Wohnraum für gewerbliche Zwecke oder die entgeltliche (Kurzzeit-)Beherbergung unter eine Genehmigungspflicht zu stellen, wird den Kommunen ein Steuerungsinstrument an die Hand gegeben, das auf die akuten Bedürfnisse der gefährdeten Kommunen zugeschnitten werden kann.

Maßnahmen für bezahlbaren Wohnraum

Um allen Mitgliedern unserer Gesellschaft ausreichend und bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen, plädieren wir auch für einen neuen Standard beim Gebäudebau und der Gebäudesanierung. Wohnraum muss nicht nur ökologisch und ökonomisch, sondern auch sozial nachhaltig sein. Barrierefreier Wohnraum ist ein wichtiger Faktor, um dem demografischen Wandel und einer immer älter werdenden Gesellschaft zu begegnen. Insbesondere in ländlichen Räumen ist die Versorgung mit barrierefreiem bzw. barrierearmem Wohnraum jedoch kritisch. Dabei profitieren neben Menschen mit Behinderungen auch ältere Menschen, die durch barrierefreie Neubauten oder Sanierungen einen Zugewinn an Lebensqualität erfahren und länger selbstbestimmt in ihrem vertrauten Wohnumfeld leben können.

Landeseigener Wohnungsbau

Das Angebot an Wohnungen und Häusern sollte auch durch die Reaktivierung von Leerständen erweitert werden. Dies schont die Umwelt, da Energie und Baustoffe eingespart werden können und Gebäude nicht abgerissen werden müssen, sondern deren Lebensdauer verlängert wird. Ebenso profitiert die Dorfentwicklung, denn gerade in Dörfern und kleinen Gemeinden wird das Ortsbild durch Leerstand stark beeinträchtigt und die soziale Infrastruktur in den Ortskernen geschwächt.

Für alle Bau-, Sanierungs- und Umnutzungsmaßnahmen gilt jedoch, dass staatliche Förderung und kommunaler bzw. genossenschaftlicher Wohnungsbau allein nicht mehr ausreichen, um die Defizite im sozialen Wohnungsbau, die in den vergangenen Jahrzehnten in Thüringen von den Vorgängerregierungen verursacht wurden, zu beseitigen. Stattdessen fordern wir weiterhin einen landeseigenen Wohnungsbau, der entweder als eigens gegründete Landeswohnungsgesellschaft oder über regionale Wohnungsbacluster leerstehende Wohnungen reaktiviert und Neubauten errichtet, um langfristig

bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen in Thüringen zur Verfügung stellen zu können.

Da wir der Meinung sind, dass nur im regen Austausch langfristig erfolgreiche Lösungen gefunden werden können, laden wir Sie herzlich zu unserer öffentlichen Fraktionssitzung am 21.02.2024 ein. Im Parkcafé Ilmenau, Naumannstraße 22, wollen wir uns und Sie von 15:00 bis 17:30 Uhr zunächst mit drei Impulsvorträgen in das Thema einführen lassen und anschließend gemeinsam über gutes Wohnen und Leben in der Stadt und im ländlichen Raum diskutieren.



Ute Lukasch

Wohnungspolitische Sprecherin

Grundstein progressiver Migrationspolitik

Katharina König-Preuss

Sprecherin für Migrationspolitik, Antifaschismus und Antirassismus

Die Koalitionsfraktionen aus Die Linke, SPD und Grünen haben einen Gesetzentwurf eingereicht, der die Schaffung einer zentralen Landesausländerbehörde vorsieht und Gegenstand der Plenardebatte war. Katharina König-Preuss, migrationspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag: „Wir orientieren uns mit unserem Gesetzentwurf an den Grundprinzipien der Menschenrechte. Zentrales Element ist die Schaffung einer Landesausländerbehörde, die eine Schlüsselrolle in der Umsetzung menschenwürdiger, fairer und diskriminierungsfreier Verfahren übernehmen wird. Wir wollen, dass Schutzsuchende in Thüringen so untergebracht sind, dass ihre Würde und ihre Rechte geachtet werden.“

Als Koalitionsfraktionen erteilen wir damit sowohl Abschiebelagern als auch Gemeinschaftsunterkünften für bis zu 1.800 Personen sowie einer Erstaufnahmeeinrichtung für durchgehend 3.600 Personen, wie sie sich die CDU vorstellt, eine deutliche Absage. Der von der CDU vorgelegte Gesetzentwurf sieht die Schaffung solcher inhumanen Großunterkünfte ohne entsprechende integrative, bildungsorientierte oder soziale Angebote für schutzsuchende Menschen vor. Dem gegenüber steht nun ein Gesetzentwurf, der sowohl Antworten auf Problemlagen bei der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten gibt als auch den Anspruch einer humanitären Asylpolitik verfolgt. Der Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen wurde nach erster Lesung im Plenum nun zur weiteren Beratung in den Ausschuss überwiesen.

Besuch der Internationalen Grünen Woche

Themen und Trends aus Landwirtschaft und Ernährung

Vor der Messehalle protestierten die Bauern mit ihren Traktoren - in der Messe selbst war davon nicht viel zu spüren. Hier ging es wie jedes Jahr um die neuesten und wichtigsten Trends in Landwirtschaft, Ernährungswirtschaft und Tourismus.

Die politische Delegation des Thüringer Landtages war mit den Abgeordneten des Landwirtschaftsausschusses in Halle 20, um sich einen

mehr ist als das, was man auf den ersten Blick sieht. Klimaschutz, Artenvielfalt und Ernährungssicherung sind mit der Landwirtschaft verbunden und dürfen nicht als selbstverständlich hingenommen werden. Zudem steigt weltweit die Zahl der Menschen, die Hunger leiden.

Auf der Grünen Woche kann man Lebensmittel riechen, sehen, fühlen, schmecken und genießen. Die

Wurstwaren gilt, nicht die Erzeuger und Erzeugerinnen ausgehen, steht der Umbau der Tierhaltung ganz oben auf der Agenda. Nachdem im vergangenen Jahr Ansätze für mehr Tierwohl in der landwirtschaftlichen Tierhaltung vom Stall über den Transport bis zur Schlachtung diskutiert und rege ausgetauscht wurden, konnte in der diesjährigen auswärtigen Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten ein Empfehlungspapier der Koalitionsfraktionen und der CDU-Fraktion verabschiedet werden, das die aktuellen Bedarfe aufgreift und für eine bessere Tierhaltung in Thüringen steht.

Die Grüne Woche hat gezeigt, vor welchen Herausforderungen die Landwirtschaft steht. In unserer Arbeit wollen wir Ziele zusammenführen, die auf den ersten Blick widersprüchlich klingen: Ernährungssicherheit, Klimaanpassung, Klimaschutz und zukunftsfähige Betriebe. Das geht nur mit einer sozial-ökologischen Transformation. Über den Weg werden wir in unserer parlamentarischen Arbeit weiter diskutieren, das Ziel fest im Blick. Wir brauchen pragmatische Lösungen zusammen mit der Landwirtschaft, der Ernährungsbranche und der Gesellschaft.



Natürlich ging es auch um die Wurst: Bodo Ramelow und Ministerin Susanna Karawanskij besuchten die Thüringer Stände auf der Internationalen Grünen Woche – Foto: TMIL / D. Santana

Überblick und Eindruck von den Lösungsansätzen, Angeboten und Produkten aus Thüringen zu verschaffen und mit den Produzent:innen ins Gespräch zu kommen.

Die deutsche Ernährungsindustrie durchlebt eine äußerst herausfordernde Zeit der multiplen Krisen. Alle müssen weiterhin auf steigende Rohstoff- und Energiekosten reagieren. Gleichzeitig müssen Kapazitäten für Innovationen und Nachhaltigkeit geschaffen werden. Eine Auswahl dieser Innovationen konnten die Besucher:innen in der Thüringen Halle kennenlernen und direkt probieren. Ernährung spielt eine wichtige Rolle. Die Art und Weise, wie wir uns ernähren, hat Einfluss auf das, was die Landwirtschaft produziert und wie sie es produziert. Wie die Zukunft unserer Ernährung aussieht, entscheiden letztlich die Verbraucherinnen und Verbraucher durch ihr Kaufverhalten. Für die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE im Agrarausschuss des Thüringer Landtags ist die IGW der agrarpolitische Höhepunkt zu Beginn eines jeden Jahres, denn sie zeigt, dass Landwirtschaft

Vielfalt der landwirtschaftlichen Erzeugung wird für die Besucher:innen dargestellt und erlebbar gemacht. Die Grüne Woche ist ein Aushängeschild für Thüringen. Hier wird nicht nur aktives Tourismusmarketing betrieben, sondern hier zeigt sich Thüringen in Kombination mit dem Erlebnisraum Thüringen als Land der landwirtschaftlichen Produktion, der Lebensmittelverarbeitung, aber auch der hervorragenden Produkte, die regional hergestellt werden.

Hildburghausen war der Schwerpunktlandkreis der Thüringen-Halle 2024. Ein begehbare Hexenhaus nach dem Vorbild der außergewöhnlichen Übernachtungsmöglichkeiten, die in Waffenrod auf Abenteuerlustige warten, war ein echter Hingucker und verdeutlichte die Bandbreite, die Thüringen touristisch zu bieten hat. Dem Beispiel der vergangenen Jahre folgend, bot die Thüringen-Halle aber auch allerlei Leckereien, die nicht nur Liebhaber:innen von Bratwurst und Bier auf ihre Kosten kommen ließen.

Damit Thüringen, das auch als Erzeugerland für besondere Fleisch- und



Messestand Hildburghausen auf der Internationalen Grünen Woche 2024

Im Zeichen des Dialogs

Petitionsbankett der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag

Ganz im Zeichen des Dialogs und der Wertschätzung stand Ende Januar das Petitionsbankett der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag. Die Veranstaltung im Plenarsaal, mit zahlreichen Abgeordneten und Petent:innen, bot einen einzigartigen Raum für den direkten Austausch über drängende Anliegen aus der Bevölkerung. Obfrau der im Petitionsausschusses, Anja Müller, eröffnete den Abend und freute sich über die rege Teilnahme: „Ich freue mich sehr, dass so viele Menschen heute zu diesem Petitionsbankett gekommen sind. Heute Abend stehen neben dem Ministerpräsidenten und Abgeordneten Bodo Ramelow auch insgesamt 16 weitere Abgeordnete der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag zum Dialog mit den Petent:innen bereit“.

Fraktionsvorsitzender Steffen Dittes betonte in seiner Begrüßung die Wertschätzung gegenüber den Petent:innen: „Die Einladung ist ein Stück weit eine Wertschätzung Ihnen als Petent:innen gegenüber. Denn Ihre Beschwerde, Ihre Aufmerksamkeit setzt uns Parlamentarier:innen in die Verantwortung, uns mit wichtigen Themen auseinanderzusetzen, die direkt aus der Bevölkerung kommen“. Er betonte, dass Petitionen nicht nur Einzelinteressen vertreten, sondern im Sinne der Gemeinschaft handeln. „Genau darum geht es uns, die Gesellschaft im Dialog miteinander weiterzuentwickeln.“

Bodo Ramelow unterstrich in seinem Grußwort die Bedeutung von Petitionen für die Demokratie: „Die Petition ist keine Beschwerde, sondern eine Intervention. Manchmal bewirkt die Petition viel, manchmal frustriert sie, aber sie bringt uns miteinander ins Gespräch. Danke an Sie als Petent:innen, dass Sie sich zu Wort gemeldet haben“. Die Idee des Abends, so Daniel Reinhardt, Abgeordneter und Teil des Petitionsausschusses, sei es gewesen, den Petent:innen die Möglichkeit zu geben, direkt mit den entsprechenden Fachabgeordneten zu sprechen. „Wir finden diesen direkten Austausch wichtig und freuen uns, dass das Format so gut angenommen wurde.“



Anja Müller, Vorsitzende des Petitionsausschusses, begrüßte die Anwesenden Gäste



Fraktionsvorsitzender Steffen Dittes bei seinem Grußwort im Plenarsaal



Bodo Ramelow und Ute Lukasch im Gespräch mit einer Petentin der „Omas gegen Rechts“



RESTAURANT
der Herzen

Restaurant der Herzen

Treffpunkt in Bad Salzungen

In den letzten Monaten sind die Energie- und Lebensmittelpreise drastisch gestiegen, was viele Menschen vor finanzielle Herausforderungen stellt. Angesichts dieser Problematik hat der Kreisvorstand im September 2022 eine besondere Initiative beschlossen: das „Restaurant der Herzen“. Die Idee wird bereits in anderen Städten erfolgreich umgesetzt - gemeinsam zubereitete Mahlzeiten, die den Menschen kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

Jeden Freitag wurde ein dreigängiges Menü von Freiwilligen und Genossinnen und Genossen zubereitet. Köchinnen und Köche waren unter anderem die Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Heike Werner, der Europaabgeordnete und Co-Vorsitzende der Partei Die Linke auf Bundesebene, Martin Schirdewan, mehrere Abgeordnete der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag sowie die Landesvorsitzenden der Partei Die Linke Thüringen Ulrike Grosse-Röthig und Christian Schaft. Anja Müller, Initiatorin und Abgeordnete der Fraktion Die Linke im Thüringer Landtag, berichtete, dass anfangs 30 Essen ausgegeben wurden. Zuletzt waren es um die 150. Das Besondere am Restaurant der Herzen ist aber nicht nur die Menge der ausgegebenen Mahlzeiten,



Anja Müller, Sascha Bilay und Steffen Dittes
halfen als Köche im Restaurant der Herzen

sondern auch die Gemeinschaft, die hier entsteht. Die Menschen finden nicht nur gutes Essen, sondern auch einen Ort der Begegnung und des freundschaftlichen Miteinanders. Das Restaurant ist zu einem Treffpunkt geworden, an dem sich Menschen verabreden und austauschen. Anja Müller kennt die Geschichten und Hintergründe der Menschen oft gut und weiß, dass man mit Offenheit und Engagement viele erreichen kann, die sich sonst allein gelassen fühlen. Finanziert wird das Projekt nicht nur durch Spenden, sondern auch durch die aktive Beteiligung der Helfenden. Diejenigen, die kochen,

bringen nicht nur ihre Zeit und ihre Kochkünste ein, sondern auch die Lebensmittel und damit auch finanzielle Mittel. Sascha Bilay, Abgeordneter der Die Linke im Thüringer Landtag, betont die Bedeutung solcher Projekte in Zeiten, in denen sich die Menschen oft uneins sind: „Das Restaurant der Herzen heißt nicht nur so, es ist wirklich ein Ort der Begegnung und des Miteinanders. In diesen Zeiten ist es wichtig, sich gegenseitig zu helfen und nicht nur zu kritisieren, sondern auch aktiv zu unterstützen“. Das Restaurant der Herzen ist im Januar zunächst zu Ende gegangen. Doch auch danach soll es weitere Möglichkeiten der Begegnung geben, berichtet Müller. „Im Februar findet regelmäßig das Café der Herzen statt und zum Frauentag planen wir einen Cha-Cha-Cha-Tanzabend hier in der Kutscherstube in Bad Salzungen. An Ideen mangelt es uns also nicht“, lacht Anja Müller in ihrer zuversichtlichen Art.

Das Restaurant der Herzen zeigt eindrucksvoll, dass es in herausfordernden Zeiten nicht nur darum geht, über Probleme zu klagen, sondern aktiv Räume zu schaffen, in denen sich Menschen begegnen und unterstützen können. Projekte wie das Restaurant der Herzen berühren nicht nur den Magen, sondern auch die Seele der Gemeinschaft.

